

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2011



## Von den Esten lernen, heißt, für den Euro lernen.

Jetzt bitte kein Hochmut! Es ist wahr: Mit der Elle der üblichen Wirtschaftsstatistik gemessen, ist Estland ein kleines Land. Nur 0,2 Prozent macht die estnische Wirtschaft am Bruttoinlandsprodukt Europas aus. Da muss man schon recht genau wiegen, um überhaupt zu merken, dass der Euroraum wirtschaftlichen Zuwachs bekommen hat. Aber nicht jedes Gewicht zeigt seine wahre Bedeutung, wenn man es in die Schablone von Kilogramm und Stückzahl drückt. Wenn die Esten mit ihrer Wirtschaft so weitermachen wie bisher, dann hat der Euro-Raum einen beachtlichen Zuwachs bekommen.

Um im wirtschaftlichen wie im politischen Sinne etwas darzustellen, muss der Euro nicht nach Maß und Zahl unter den Großen der Währungswelt auf einer vorderen Position liegen. Es geht um Ansehen, das sich aus Qualität und Vertrauen herleitet. Und da hat sich die Währung der estnischen Wirtschaft bisher nicht zu schämen brauchen. Die Staatsfinanzen können sich sehen lassen. Obwohl Estland mit einer Rezession zu kämpfen hatte, hat die Staatsverschuldung in den beiden vergangenen Jahren nur geringfügig über sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes gelegen.

Mit diesem Wert haben die Esten alle Chancen, den „Großen“ zu zeigen, wie man einer Gemeinschaftswährung ein stabiles wirtschaftliches Umfeld schafft. Es gibt keinen Grund, auf die Esten herabzusehen. Das einzige, was im wirtschaftlichen Sinne in den vergangenen Jahren klein gewesen ist, ist ihre Staatsschuld. Und die kann – siehe Griechenland und andere! – gar nicht klein genug sein, um dem Euro ein stabiles Fundament zu bieten.

Es ist und bleibt richtig: Für das politische und das wirtschaftliche Gewicht einer Währungsunion kommt es nicht auf die Größe, gemessen in wirtschaftlichen Einheiten und Bevölkerungszahlen, an. Was zählt, ist die ökonomische Qualität. Und da müssen sich die Esten im Reigen der Euro-Mitgliedsländer nicht verstecken.

*Hans D. Barbier*

## Ausgabenplus für Bildungszwecke

Bund, Länder und Gemeinden haben für das Jahr 2010 Bildungsausgaben in Höhe von knapp 103 Milliarden Euro veranschlagt, 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. 2007, dem letzten Jahr, für das endgültige Angaben aus der Finanzstatistik verfügbar sind, wurden von Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt 92 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben. Davon entfielen auf den Bund 7,2 Milliarden Euro, die Bundesländer gaben 66,1 Milliarden Euro und die Gemeinden 19,1 Milliarden Euro für Bildungszwecke aus. Das belegt der Bildungsfinanzbericht 2010, der regelmäßig vom Statistischen Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Kultusministerkonferenz veröffentlicht wird.

Der Bericht enthält auch eine Einordnung Deutschlands für den international vergleichbaren Teil des Bildungsbudgets. Danach wurden 2007 in Deutschland rund 114 Milliarden Euro für Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die Berufsbildung aufgewendet. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt entsprach das einem Anteil von 4,7 Prozent; damit lag Deutschland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 5,7 Prozent.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Mehr Sicherheit für Sparer

Zum 31. Dezember 2010 wurde in den EU-Ländern das Niveau der Einlagensicherung vereinheitlicht und zum Teil deutlich erhöht. Nun müssen alle Banken in der EU ihren Privatkunden die Rückzahlung von Einlagen in Höhe von mindestens 100 000 Euro garantieren. Träger der Einlagensicherung sind von Land zu Land unterschiedliche Fonds oder Behörden. In Deutschland bieten fast alle Privatbanken sowie alle Sparkassen ein deutlich höheres Sicherungsniveau als die festgeschriebenen 100.000 Euro an, da es zusätzliche freiwillige Sicherungssysteme gibt.

Unklar ist, weil national wie international ein gut gehütetes Geheimnis, wie viel Geld tatsächlich in den Sicherungstöpfen verfügbar ist. Der Knackpunkt: Die Einlagensicherung funktioniert nur so lange, wie die Bürger das Banken- und Wirtschaftssystem als stabil ansehen und den Garantien vertrauen. Vor diesem Hintergrund dringt die EU-Kommission darauf, die Sicherung für weitere Krisen auszubauen.

[eur-lex.europa.eu](http://eur-lex.europa.eu)

## Vorsicht, Wachstumseuphorie!

In den ersten Tage des neuen Jahres konnte der Interessierte allenthalben lesen, das Wirtschaftswachstum des Jahres 2010 sei das „höchste Wirt-

### Wirtschaftswachstum

BIP-Änderung zum Vorjahr,  
preisbereinigt, in Prozent

2000	+ 3,2
2001	+ 1,2
2002	+ 0,0
2003	- 0,2
2004	+ 1,2
2005	+ 0,8
2006	+ 3,4
2007	+ 2,7
2008	+ 1,0
2009	- 4,7
2010	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

schaftswachstum seit der Wiedervereinigung“ gewesen. Das stimmt, wenn das preisbereinigte Wachstum (3,6 Prozent) zugrunde gelegt wird. Wird jedoch das – auf die unterschiedliche Anzahl von Arbeitstagen bezogene – kalenderbereinigte Wirtschaftswachstum zum Vergleich herangezogen, relativiert sich die Aussage.

Das preis- und kalenderbereinigte Wirtschaftswachstum betrug 2010 laut Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 3,5 Prozent. Dieser Wert liegt knapp unterhalb der Wachstumsrate des Jahres 2006 (3,6 Prozent) und gleichauf mit dem Wert des Jahres 2000.

Die wirtschaftliche Erholung erfolgte den Statistikern nach hauptsächlich im Frühjahr und Sommer 2010. Im Übrigen sollte bei aller Freude über die positive Entwicklung bedacht werden, dass es noch einige Zeit dauern wird, den BIP-Rückgang von 4,7 Prozent des Jahres 2009 zu kompensieren.

www.destatis.de

## Aufschwünge, Abschwünge und andere Unwägbarkeiten

Schrumpft die Wirtschaft? Wächst sie? Wie groß wird das Plus oder das Minus sein? Konjunkturforscher versuchen, diese und andere Fragen zur Wirtschaftsentwicklung zu beantworten. Selten jedoch decken sich Vorhersage und Realität.

Beinahe laufend verkünden die Ökonomen großer Forschungsinstitute, von Banken, Verbänden und Versicherungen ihre Prognosen für das Wirtschaftsgeschehen der bevorstehenden Monate. Schon häufiger mussten sie dabei eingestehen, dass Voraussage und Realität für den abgelaufenen Zeitraum nicht übereinstimmen.

Krasses Beispiel aus jüngster Zeit: die Finanz- und Wirtschaftskrise. Im Jahresbericht des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage“, der im November 2007 veröffentlicht wurde, gingen die „Wirtschaftsweisen“ davon aus, dass keine Rezession drohe. Anfang 2008 sagten die sechs größten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute für 2009 im Durchschnitt ein Wachstum der Volkswirtschaft um 1,6 Prozent voraus. Die Bundesbank sagte im Juli 2008 ein Wachstum von 1,5 Prozent voraus.

### Fehlprognosen in der Krise

Acht Monate später, im April 2009, hatten die Konjunkturforscher ihre Prognosen auf durchschnittlich -4,1 Prozent korrigiert, mit Extremwerten von „deutlich mehr als -3,0 bis -5,0 Prozent“. Die Prognostiker der Commerzbank hatten sogar ein Minus von bis zu sie-

ben Prozent errechnet. Mittlerweile ist bekannt: 2009 bescherte der Wirtschaft ein Minus von 4,7 Prozent.

Der überwiegende Teil der Forscher, national wie international, wurde von der Finanzkrise schlicht und einfach überrascht. Die Unsicherheit schien so groß, dass Klaus Zimmermann, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Mitte April 2009 erklärte, „in der gegenwärtigen Situation außergewöhnlich großer Unsicherheit sei eine quantitative Prognose für 2010 nicht sinnvoll“.

Doch das ist Schnee von vorgestern. Für 2010 hatte die Mehrzahl der deutschen Konjunkturforscher – unter ihnen auch die Ökonomen des nach einer kurzen Prognosepause zum Alltag zurückgekehrten DIW – erneut ihre Prognosen vorgelegt und ein eher verhaltenes Wachstum vorhergesagt. Die Bundesregierung rechnete mit 1,4 Prozent, die Bundesbank mit 1,6 Prozent Wachstum. Optimistischer äußerten sich Volkswirte von Banken und Versicherungen. Die Prognostiker der Commerzbank sagten 2,3 Prozent, die der Allianz 2,4 Prozent Wachstum für 2010 voraus. Inzwischen hat das Statistische Bundesamt gemeldet: Die Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 3,6 Prozent gewachsen. Wen wundert noch, dass bei so viel

Hin und Her der Ruf der Konjunkturforscher leidet?

### Basisarbeit Konjunkturforschung

„Konjunktur“ ist das Ergebnis vieler Einzelentscheidungen: Wird mehr oder weniger gespart, investiert, gearbeitet? Welche Gründe gibt es für das Tun oder Lassen in der gesamten Wirtschaft oder in einzelnen Branchen? Konjunkturforscher versuchen, Ursachen und Wirkungen in der wirtschaftlichen Entwicklung zu analysieren, Gesetzmäßigkeiten zu entdecken und daraus abzuleiten, wie sich die Wirtschaft entwickeln wird.

Würde zum Beispiel vorhergesagt, dass die Wirtschaft die kommenden Monate, vielleicht sogar Jahre „brummt“, würden in den Unternehmen neue Maschinen angeschafft und mehr Arbeitskräfte eingestellt. Politiker könnten in ihrer Haushaltsplanung höhere Steuereinnahmen berücksichtigen. Und wer zur Miete wohnt, kauft angesichts der guten Wirtschaftsaussichten vielleicht die „eigenen vier Wände“. Sicherlich wird kein Unternehmer aufgrund einer einzelnen Prognose seine gesamte Firma umkrepeln, doch die Wirtschaft insgesamt reagiert auf das prognostizierte Stimmungsbild.

Die Wirtschaftsforschung bietet aber nicht nur Unter-



„In Zeiten, in denen es keine dramatischen Wendepunkte gibt, fallen Prognosen leichter. Jetzt, wo es darauf ankommt, versagen unsere Modelle zu oft.“

Klaus Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)

nehmern Orientierungsgrundlagen, sondern auch der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Die maßgeblichen Ämter und Ministerien benötigen die Zahlen, um ihre Entscheidungen vorbereiten zu können. Allerdings können die Kosten wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf Basis falscher Prognosen gigantisch sein. Hat doch beispielsweise das auf falschen Annahmen basierende Vertrauen vieler Ökonomen, Rating-Agenturen und Investmentbanker in die dauerhafte Stabilität der Finanzmärkte ein gewaltiges Desaster angerichtet.

### Unsichere Datenbasis

Das Problem für die Konjunkturforscher fängt bereits mit der Feststellung an, welche Konjunkturlage aktuell besteht. Wirtschaftsdaten müssen gesammelt, aufgearbeitet und vereinheitlicht werden; das bedeutet, dass erst dann Daten zur Konjunktur vorliegen, wenn schon einige Wochen oder Monate vergangen sind. Hinzu kommt: Die Variablen, um die es primär geht – Wachstum des BIP, Inflation etc. –, sind keine naturwissenschaftlich messbaren Größen, sie können immer nur statistisch und mit den dazugehörigen Unschärfen ermittelt werden. Oft gibt es noch Jahre später Revisionen der Zahlen. Um Daten zur künftigen Entwicklung zu erhalten, führen die Forschungsinstitute Umfragen bei Unternehmen und Wirtschaftsverbänden durch; andere Zahlen werden durch mathematische Methoden ermittelt. So kann es sein, dass das prognostizierte Wirtschaftswachstum auf einer

Schätzung der zugrunde liegenden Variablen basiert.

Konjunkturprognosen haben meist einen Horizont von höchstens zwei Jahren. Langfristigere Prognosen zum Wachstum und über generelle strukturelle Entwicklungen werden mit zunehmendem Prognosezeitraum unsicherer. Dazu gehören beispielsweise auch Aussagen zu demographischen Entwicklungen, die sich erst in mehreren Jahrzehnten oder später auswirken.

### Modell und Realität

Wirtschaftsprognosen sind – streng genommen – immer problematisch. Zum einen ist das wirtschaftliche Geschehen zu komplex, als dass es auf ein mathematisches Modell reduziert werden könnte. Wirtschaftsprognosen sind schwierig, weil sie menschliches Handeln betreffen und zudem Innovationen nicht einschließen können. Reaktionen der Menschen und neue Entwicklungen können nicht im Voraus bedacht werden. Wettbewerb ist ein Such- und Entdeckungsverfahren, in dem sich erst durch Versuch und Irrtum zeigt, was sich wirtschaftlich rechnet und durchsetzt.

Fehlprognosen lassen sich auf eine Hand voll immer wiederkehrende Ursachen zurückführen: Modellrechnungen basieren stets auf der Erfahrung der Vergangenheit, können also nur die Vergangenheit erklären. Prognosen beruhen zudem immer auf Modellen. In denen lässt sich die Realität nie vollständig erfassen, auch nicht durch ausgeklügelte mathematische Gleichungen mit noch so vielen Variablen.

Schwachpunkte für alle Prognosen sind unvorhersehbare Ereignisse wie Währungskrisen, Terroranschläge oder explodierende Ölpreise. Wie auch sollten zum Beispiel Naturkatastrophen im Voraus erfasst werden? Ungewiss bleibt meist ebenso, wie schnell und wie stark Krisen von einem Land auf andere Länder übergreifen und ob Handelsbeziehungen und Finanzströme beeinträchtigt werden.

### Im Wettbewerb um Scheingenaugigkeit

Trotz der nicht zu leugnenden Unsicherheiten setzen die Experten auf Präzision in den Vorhersagen. Bis zum Herbstgutachten 1997 rundeten die Institute ihre Konjunkturprognosen auf halbe oder höchstens auf Viertelprozentpunkte. Doch seitdem machen sie – wie fast alle Kollegen in Banken und Verbänden – Angaben bis zur Nachkommastelle.

Dabei geht das Statistische Bundesamt bei der Wachstumsrate von einer Fehlerquote von 0,5 Prozentpunkten aus. Eine seriöse Vorhersage für das BIP-Wachstum dürfte aus wissenschaftlicher Sicht nur in Form eines Korridors um einen Schätzwert dargestellt werden. Doch zu so viel „Ungenauigkeit“ können sich die Forschungsinstitute nicht durchringen. Das liegt am Erwartungsdruck von Politik, Öffentlichkeit und Kollegen und am Wettstreit um Medienpräsenz: Je mehr Prognoseinstitute, desto mehr Zahlen.

Neben den hauptsächlich von Bund und Ländern finanzierten Instituten – DIW, ifo, IfW, IWH, RWI und ZEW – gibt es eine Reihe anderer: das

IMK der Gewerkschaften, das privat finanzierte HWWI, das von der Post AG betriebene IZA, das arbeitgebernahe IW und mehr, die um öffentliche Aufmerksamkeit werben. Inzwischen kommt beinahe jede Woche eine vermeintlich punktgenaue Vorhersage auf den Markt, und je präziser errechnet, umso bedeutsamer erscheinen sie in den Medien.

Dabei sind auch Konjunkturforscher nicht frei von Irrationalität und Nutzenerwägungen. Wer will schon mit einer Minderheitsmeinung im Fokus der Öffentlichkeit stehen, wenn alle übrigen etablierten Forscherkollegen andere Schätzwerte ermittelt haben? Der Mittelwert bietet Sicherheit: Schließlich fällt der Irrtum des Einzelnen nicht so auf, wenn alle anderen ihm auch unterliegen – „Herdenverhalten“ als Ursache von Prognosefehlern.

Auch in den kommenden Wochen wird es wieder genügend Zahlenmaterial geben: Zwischen dem Frühjahrsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute im April und dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats als Prognose-Höhepunkt im November werden Banken, Verbände und Institute eine Prognose nach der anderen publizieren. Voraussichtlicher Tenor in Bezug auf das Wachstum: In diesem Jahr wird die Wirtschaft weniger stark wachsen als 2010. Bei 2,0 bis 2,5 Prozent liegen aktuell die meisten Vorhersagen; Optimisten sehen sogar bis zu 4,0 Prozent Wachstum. Doch Vorsicht – die Angaben sind ohne Gewähr!

*Andreas Schirmer*



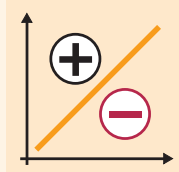
„Die Bundesregierung setzt deshalb alles daran, im Jahr 2011 wichtige Etappenziele zu erreichen. Das wohl wichtigste: Noch mehr Menschen sollen Arbeit bekommen können. Auch werden wir unsere Finanzen weiter in Ordnung bringen und die Steuern vereinfachen.“

Angela Merkel

## IM KLARTEXT

Januar 2011

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

**Vollbeschäftigung** Mit Winterbeginn hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. Im Dezember 2010 waren rund 85 000 mehr Menschen ohne Arbeit als im Vormonat; insgesamt wurden von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell rund drei Millionen Arbeitslose gezählt. Die Zunahme war sowohl größer als im Dezember 2009 als auch im Durchschnitt der letzten drei

Arbeitslose	
Jahresdurchschnitt	
2001	3 852 564
2002	4 061 345
2003	4 376 795
2004	4 381 281
2005	4 860 909
2006	4 487 305
2007	3 776 509
2008	3 267 907
2009	3 423 283
2010	3 244 000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Jahre. Neben den Witterungsbedingungen werden Änderungen in der Arbeitsmarktpolitik für den Anstieg verantwortlich gemacht.

Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 3 244 000 Menschen in

Deutschland offiziell arbeitslos gemeldet, 179 000 weniger als ein Jahr zuvor. Im langfristigen Vergleich war das der geringste Wert seit 1992.

**Eigenverantwortung** Die Zahl der Zwangsversteigerungen ist 2010 gegenüber dem Vorjahr auf knapp 82 000 gesunken. Die Summe der amtlich festgesetzten Verkehrswerte der Immobilien lag bei 13,6 Milliarden Euro, rund 148,5 Millionen Euro weniger als im Vorjahr.

Parallel zum Rückgang der Versteigerungen um fünf Pro-

Zwangsversteigerung		
	Anzahl der Versteigerungen	Verkehrswerte in Mrd. €
2000	57 600	13,0
2001	79 800	15,8
2002	87 800	18,0
2003	91 700	18,0
2004	92 300	18,8
2005	92 577	18,3
2006	91 036	17,4
2007	91 788	16,5
2008	88 379	15,4
2009	86 617	15,1
2010	82 208	13,6

Quelle: Argetra GmbH

zent stieg die Immobiliennachfrage: Für Käufe von Ein- und Zweifamilienhäusern vermerkt die LBS im Zeitraum Januar bis September 2010 einen Zuwachs von knapp fünf Prozent, die Käufe von Eigentumswohnungen legten sogar um acht Prozent zu.

Bei anhaltend guter Konjunktur wird sich die Situation weiter entspannen; sinkende Arbeitslosigkeit, weniger Zwangsversteigerungen, so das Fazit der Argetra GmbH.

**Geldwertstabilität** Das Statistische Bundesamt hat im abgelaufenen Jahr 2010 für Deutschland eine Jahressteigerungsrates von 1,1 Prozent errechnet. Dieser Wert liegt unter dem von der Europäischen Zentralbank angestrebten Ziel von „unter, aber nahe zwei Prozent“. Im längerfristigen Vergleich seit 1999 – das Jahr, in dem die europäische Währungsunion beschlossen wurde – lag die Teuerung im vergangenen Jahr sogar unter dem Durchschnitt.

Das dürfte sich ändern: Politische Entscheidungen im Herbst 2010 führen seit Jah-

resbeginn zu steigenden Belastungen, die das verfügbare Einkommen der Bürgers schmälern. Ins Auge stechen vor allem die Erhöhung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (von 14,9 auf 15,5 Prozent) und zur Arbeitslosenversicherung (von 2,8 auf 3,0 Prozent). Desweiteren steigen die Strompreise – laut Stromlieferanten aufgrund der politisch initiierten Umlage-Erhöhung gemäß dem Erneuerbare-Energien-Gesetz – um rund 1,5 Cent je Kilowattstunde.

Teuerung	
Verbraucherpreisindex, Änderung zum Vorjahr in Prozent	
1999	0,6
2000	1,4
2001	1,9
2002	1,5
2003	1,0
2004	1,7
2005	1,5
2006	1,6
2007	2,3
2008	2,6
2009	0,4
2010	1,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: Institut zur Zukunft der Arbeit (innen); CDU  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*